

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0592/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 18.01.2023
		Verfasser/in: FB 61/010
Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.2023- öffentlicher Teil		
Ziele:	Klimarelevanz	
	keine	
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
23.02.2023	Mobilitätsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss genehmigt den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.01.2023.

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
 überwiegend (50% - 99%)
 teilweise (1% - 49 %)
 nicht
 nicht bekannt

Erläuterungen:

Der öffentliche Teil der Niederschrift der Sitzung vom 12.01.2023 wird genehmigt.

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Mobilitätsausschusses

16. Januar 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 12.01.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:12 Uhr
Ort, Raum:	Burtscheider Saal, Kurpark Terrassen, Dammstr. 40, 52066 Aachen

Anwesende:

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ausschussvorsitzende

Ratsherr Peter Blum

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Achim Ferrari

Vertretung für: Ratsherr Dr. Sebastian
Breuer

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Daniel Hecker

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Renate Wallraff

Ratsherr Tjark Zimmer

Herr Stefan Dussin

MA/24/WP18

Ausdruck vom: 16.01.2023

Seite: 1/20

Herr Jörg Hans Lindemann

Herr Jasper Nalbach

Vertretung für: Herrn Nicolai Vincent
Radke

Herr Dr. Andreas Nositschka

Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Frau Lis Weilandt

Vertretung für: Herrn Burkhard Fahl

Herr Jörg Veltrup

Vertretung für: Frau Ye-One Rhie

Herr Rolf Winkler

vom Beirat:

Frau Kathrin Driessen

ASEAG

Herr Simon Papayianni

APAG

Frau Reufsteck

APAG

von der Verwaltung:

Frau Beigeordnete Burgdorff

Dez III

Frau Isabel Strehle

FB 61

Herr Uwe Müller

FB 61

Herr Gert Müller

FB 61

Frau Silke Roder

FB 61

Frau Jana Elsner

Dez III

Herr Harald Beckers

FB 13

Herr Daniel Schuster

FB 60

Frau Beatrice Schneiders

FB 20

als Schriftführerin:

Frau Silke Retterath

MA/24/WP18

Ausdruck vom: 16.01.2023

Seite: 2/20

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.12.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 61/0578/WP18

- 3 **Entwicklungsperspektiven der APAG Parkhäuser**
Bericht durch Herrn Papayianni

- 4 **Haushaltsberatungen 2023, sowie mittelfristige Finanzplanung bis 2026**
Vorlage: FB 61/0563/WP18

- 5 **Energie- und CO²-Bilanz der Stadt Aachen für das Jahr 2021**
Vorlage: FB 36/0228/WP18

- 6 **Templergraben zwischen Driescher Gässchen und Wüllnerstraße - hier: Neumarkierung nach Asphaltanierung**
Vorlage: FB 61/0396/WP18

- 7 **Versuchsweise Einführung eines zeitlich befristeten Liefer- und Parkbereiches in der Ludwigsallee, zwischen der Einmündung Salvatorstraße und dem Gebäude Ludwigsallee 93**
Vorlage: FB 61/0573/WP18

- 8 **Sichere Radverkehrsinfrastruktur: Lütticher Straße zwischen Brüsseler Ring und**

Hohenstaufenallee, Ratsantrag Nr. 278/18 der Fraktionen von GRÜNE, SPD, DIE Zukunft und DIE LINKE (Planungs- und Ausführungsbeschluss)

Vorlage: FB 61/0580/WP18

- 9 **Radvorrangroute Brand - Linterstraße;**
hier Knoten Lintertstraße/Schönforststraße und Kreuzungsbereich Sittarder Straße/Fichtestraße,
Planungs- und Ausführungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0492/WP18-1
- 10 **RVR Haaren**
hier: Vorhabenablaufkonzept des geförderten Projektes Rad-Vorrang-Route (RVR) Haaren inkl. Durchführung von Bürger*innenbeteiligungen je Bezirk im Rahmen der Vorplanung
Vorlage: FB 61/0554/WP18
- 11 **Monschauer Straße, Radwegebeleuchtung;**
Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/ Walheim vom 23.11.2020
Vorlage: FB 61/0553/WP18
- 12 **Bericht über die Maßnahmen der Unfallkommissionen zu Unfallhäufungsstellen für das Jahr 2022**
Vorlage: FB 61/0585/WP18
- 13 **Sachstand Marktliner an Wochenmarkttagen;**
Ratsantrag Die Linke vom 07.12.2022
Vorlage: FB 61/0584/WP18
- 14 **Bewohnerparken Ost-Viertel (Stolberger Straße);**
hier: Einrichtung der Zonen "Ost 1" und "Ost 3" sowie der Zonenerweiterung "V"

Vorlage: FB 61/0569/WP18

- 15 **Gasborn Abrechnung der als Haupteerschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen**
Vorlage: FB 60/0070/WP18

- 16 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.12.2022 (nicht öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 61/0579/WP18
- 2 **Gerichtsverfahren: Tholen - Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen**
Vorlage: FB 61/0499/WP18
- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit, sowie die fristgerechte Einladung des Ausschusses fest.

Auf Antrag von Ratsfrau Breuer wird der TOP 11 „Radwegebeleuchtung Monschauer Straße“ zwecks vorheriger Beratung in der Bezirksvertretung einstimmig vertagt.

MA/24/WP18

Ausdruck vom: 16.01.2023

Seite: 5/20

**zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am
01.12.2022 (öffentlicher Teil)**

Vorlage: FB 61/0578/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 01.12.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 6 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Entwicklungsperspektiven der APAG Parkhäuser

Bericht durch Herrn Papayianni

Herr Papayianni von der APAG präsentiert zur Strategie der APAG in den kommenden Jahren.

Hierfür spricht ihm Herr Veltrup seinen Dank aus und macht deutlich, dass er insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um die Erreichbarkeit der Innenstadt die innovative Denkweise der APAG schätze. Für die Autofahrenden seien die Parkhäuser ja bereits eine gute Alternative zumal sie nur an wenigen Wochenenden im Jahr voll seien.

Er frage sich, ob man nicht einen Teil der Geschäftsleute zur Kostenübernahme der Parkgebühren gewinnen könne, wenn die Besucher*innen in den jeweiligen Geschäften einkaufen.

Dies habe man bereits intern diskutiert und an einigen wenigen Stellen gebe es sog. Rabattierer schon, so Papayianni. Auf lange Sicht sei jedoch angedacht, eine smarte Lösung zu kreieren, die die Implementierung in die APAG App beinhalte.

Auch Ratsherr Neumann dankt für den Vortrag und sieht es positiv, dass die APAG das Thema Parken weiterdenke als gemeinhin üblich. Er wünsche sich in einer der nächsten Sitzung die Vorstellung des Investitionsfahrplans der APAG für die kommenden Jahre, aus dem hervorgehe, wann, wo und wie welches Parkhaus saniert werden solle.

Herr Papayianni signalisiert seine Zustimmung und erläutert, dass man im Regelfall versuche, die Häuser abschnittsweise zu sanieren, um eine Komplettspernung zu vermeiden und so die Belastungen für die Nutzer*innen auf ein Minimum zu beschränken. Am Parkhaus Rathaus werde dies nicht gelingen, sonst aber schon.

Ratsfrau Breuer fügt ergänzend hinzu, dass mit der Umstellung der Parkscheinautomaten im Innenstadtbereich auf eine maximale Nutzung von einer Stunde ein weiterer wichtiger Schritt zur Verlagerung der parkenden Autos in die Parkhäuser getan sei.

MA/24/WP18

Ausdruck vom: 16.01.2023

Seite: 6/20

Herr van den Hurk möchte nach seinem Dank für den Vortrag gerne wissen, ob die APAG aktive Akquise für die Möglichkeit von Mehrfachnutzungen in Liegenschaften im erweiterten Innenstadtbereich betreibe. Darauf antwortet Herr Papayianni, dass man zwar im ständigen und regen Austausch mit anderen Akteuren wie beispielsweise der RWTH sei, die Gespräche jedoch langwierig seien und man eher nicht von einer konstanten aktiven Akquise sprechen könne.

Ratsherr Blum möchte indes wissen, wie der derzeitige Sachstand zum Thema Parkleitsystem sei, ob dieses nun zuverlässig funktioniere. Zudem frage er sich, ob es nicht perspektivisch möglich sei, bei Sanierungen das System der Einzelstellplatzüberwachung zu installieren, was sich aus seiner Sicht in anderen Parkhäusern als sehr hilfreich erwiesen habe.

Das Parkleitsystem funktioniere in aller Regel einwandfrei, berichtet Herr Papayianni. Gleichwohl sei die Technik nicht die neuste, so dass vereinzelte Ausfälle nicht auszuschließen seien.

Das angesprochene Einzelstellplatzüberwachungssystem sei zwar ein Idealzustand, aber leider auch sowohl von den investiven, als auch von den laufenden Kosten her ein sehr teures. Oftmals würden sich solche Systeme aber durch die Wegführung innerhalb des Parkhauses auch erübrigen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der APAG dankend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 4 Haushaltsberatungen 2023, sowie mittelfristige Finanzplanung bis 2026

Vorlage: FB 61/0563/WP18

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Wenzel schlägt vor, dass die einzelnen Fraktionen ihre eingereichten Änderungsvorschläge vorstellen und dann eine Abstimmung im Paket erfolgt. Auf Wunsch könne man aber auch über jeden einzelnen Antrag abstimmen.

Den Anfang macht die Koalition Grüne/SPD mit Ratsherr Neumann. Er stellt positiv hervor, dass im Haushalt bereits viele Millionen für die Themen der Mobilitätswende enthalten seien und man somit gar nicht mehr so viel habe ergänzen müssen. Er mahnt den Ausschuss an, sich auch in Zukunft als politischer Wegbegleiter und nicht als Verzögerer der zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu zeigen. Auch Herr van den Hurk zeigt sich überzeugt, dass der Haushalt die Handschrift der Koalition trage und insbesondere das Stichwort „Teilhabe“ beinhalte. Haushalte ohne Autos, sowie Haushalte mit niedrigerem Einkommen würden gestärkt, ein Ausbau des ÖPNV, sowie der barrierefreie Fußverkehr vorangetrieben.

Ratsfrau Breuer weist sodann darauf hin, dass gerade Familien oftmals auf ihre Autos angewiesen seien. Zudem sei in dem jetzigen Haushalt noch vieles aus dem letzten Jahr drin. Sie bittet um die Einzelabstimmung der Anträge.

Dem ÖPNV Änderungsvorschlag werde er unbedingt zustimmen, so Ratsherr Blum. Gleiches gelte für die starken Achsen und die Optimierung der Verkehrssteuerung, sowie der Blindensignale. Gleichwohl solle man aus seiner Sicht gut aufpassen, wo man Geld ausgabe, die städtischen Mittel seien nicht unerschöpflich.

Die folgende Abstimmung der Einzelmaßnahmen ergibt das nachstehende Ergebnis:

Angleichung Parkausweis soziale Dienste auf 120€	13 Zustimmungen, 3 Ablehnungen, keine Enthaltung
Aufstockung Kleinmaßnahmen im Straßenraum	15 Zustimmungen , 1 Ablehnung, keine Enthaltung
Aufstockung Sanierungsprogramm Radverkehrsanlagen	11 Zustimmungen, 5 Ablehnungen, keine Enthaltung
Starke Achsen im Busverkehr IKSK	16 Zustimmungen
Bevorzugung ÖPNV durch Signaltechnik	16 Zustimmungen
Optimierung Verkehrssteuerung	16 Zustimmungen
Fahrradparkhäuser und Abstellanlagen	11 Zustimmungen, 5 Ablehnungen, keine Enthaltung
Ausbau Verkehrsmanagement und digitale Grundlagen IKSK	11 Zustimmungen, 1 Ablehnung, 4 Enthaltungen
Fahrradbrücke Campus West	11 Zustimmungen, 5 Ablehnungen, keine Enthaltung
LSA Blindensignale und Leitelemente (Investiv)	16 Zustimmungen
LSA Blindensignale und Leitelemente (Festwerte)	16 Zustimmungen

Als nächstes stellt Ratsfrau Breuer den Vorschlag der CDU für zusätzliche Mittel zur Etablierung des Marktliners vor. Dieser sei aus ihrer Sicht dringender denn je einzuführen, um die Erreichbarkeit der Jakobsstraße, die Erreichbarkeit und somit nicht zuletzt die Attraktivität der Innenstadt zu gewährleisten. Ein solcher Marktliner sei sowohl für Familien, als auch für ältere Menschen ein wichtiges Instrument. Dem kann Ratsherr Blum nur beipflichten und auch Herr Nositschka zeigt sich erfreut über den Antrag der CDU.

Die folgende Abstimmung ergibt ein Ergebnis von 6 Zustimmungen und 10 Ablehnungen für den Antrag zusätzlicher Mittel für den Marktliner.

Nachfolgend argumentiert Herr Nositschka wie wichtig das 9€ Ticket im vergangenen Jahr gewesen sei. Das derzeitige Mobilticket der ASEAG gelte nur im Städteregionsbereich; seine Fraktion Die Linke wolle jedoch analog zum Jobticket größerer Unternehmen ein Mobilticket, das zum Preis von 19€ für den ganzen AVV Bereich gelte.

Bei der Einzelabstimmung erfolgen hierauf 3 Zustimmungen und 13 Ablehnungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt ausschließlich der Personalaufwendungen die Teilergebnispläne und die konsumtiven Teilfinanzpläne der ihm zugeordneten Produkte sowie deren Produktblätter entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2023 mit dem Finanzzeitraum 2024 – 2026 inkl. der Veränderungsnachweisung, sowie der in der Sitzung abgestimmten Veränderungen..

Desweiteren beschließt der Mobilitätsausschuss, die in den beigefügten Teilfinanzplänen veranschlagten Investitionen der Jahre 2023 bis 2026 und die Verpflichtungsermächtigungen der zugehörigen Produkte unter Berücksichtigung der Veränderungsnachweisung, sowie der in der Sitzung abgestimmten Veränderungen.

Die Übersicht über die aufgrund § 13 KomHVO NRW nicht in die Investitionsplanung aufgenommenen Maßnahmen nimmt er zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

15 Zustimmungen, eine Enthaltung

zu 5 Energie- und CO²-Bilanz der Stadt Aachen für das Jahr 2021

Vorlage: FB 36/0228/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Energie- und CO²-Bilanz der Stadt Aachen für das Jahr 2021 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 6 Templergraben zwischen Driescher Gässchen und Wüllnerstraße -

hier: Neumarkierung nach Asphaltanierung

Vorlage: FB 61/0396/WP18

Ratsherr Blum schlägt vor, dass man die Abstimmung über und die Auswertung von dem Reallabor abwarten solle, bevor man den Beschluss fälle.

Als lediglich erste Sofortmaßnahme sieht das Ganze hingegen Ratsherr Neumann, der das Ganze von einer positiven Seite her betrachten möchte, auch im Hinblick auf die Gesamtgestaltung des Grabenrings. Herr Lindemann fehlt es ebenfalls an Grundlage zur Beschlussfassung. Er erinnert daran, dass man eine durchgehende Lösung haben wolle und nicht wie hier ein gerade einmal 90 Meter langes Teilstück. Solange das Reallabor nicht ausgewertet sei, habe man auch keine Grundlage, auf der man beschließen könne.

Um die Fragen und Unklarheiten zu beseitigen, präsentiert Herr Müller zum Sachstand.

Herr van den Hurk sieht darin keinen Vorgriff auf die Grundsatzentscheidung, sondern vielmehr einen konkreten Handlungsbedarf, weil es derzeit eben gar keine Markierungen auf dem Teilstück mehr gebe.

Herr Nositschka schließt sich indes den Bedenken von Herrn Lindemann an. Er möchte von der Verwaltung wissen, wann man mit der Markierung rechnen könne, wenn diese in der jetzigen Sitzung beschlossen würde. Gegebenenfalls könne man aus seiner Sicht in den Beschlussvorschlag das Wort „vorläufig“ ergänzen, um deutlich zu machen, dass man der grundsätzlichen Ausrichtung nicht vorgreifen wolle.

Herr Müller erklärt, unterstützt von Frau Strehle, dass bei einem jetzigen Beschluss die Maßnahme auf die Liste der auszuschreibenden Vorhaben käme, ihr auch eine Dringlichkeit und Priorität eingeräumt würde, man jedoch auf Grund der Witterungsverhältnisse vermutlich erst im März bzw. im zweiten Quartal die Arbeiten durchführen könne.

Frau Beigeordnete Burgdorff führt noch einmal aus, dass man das Reallabor vor der Coronakrise etabliert habe und, waseine Auswertung und Vergleichbarkeit mit einem Normalzustand äußerst schwer mache. Gerne könne man sich noch einmal informell zusammensetzen und gemeinsam einen Blick auf die vom Verkehrsmodell errechneten Zahlen werfen.

Herr Nositschka stellt sodann den Antrag, im Beschluss statt „die Neumarkierung“ die „vorläufige Neumarkierung“ aufzunehmen.

Dieser Antrag wird mit 5 Zustimmungen bei 11 Ablehnungen abgelehnt.

Beschluss:

MA/24/WP18

Ausdruck vom: 16.01.2023

Seite: 10/20

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Neumarkierung des Templergrabens und des Driescher Gässchen im Bereich zwischen Pontdriesch und Wüllnerstraße auf der nord-westlichen Straßenseite als Fahrradstraße und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung entsprechend der vorgelegten Planung.

Abstimmungsergebnis:

10 Zustimmungen, 1 Ablehnung, 5 Enthaltungen

zu 7 Versuchsweise Einführung eines zeitlich befristeten Liefer- und Parkbereiches in der Ludwigsallee, zwischen der Einmündung Salvatorstraße und dem Gebäude Ludwigsallee 93

Vorlage: FB 61/0573/WP18

Ratsherr Neumann schlägt vor, sich an dem in der Bezirksvertretung Mitte getroffenen Beschluss anzuschließen und in den umliegenden Nebenstraßen die Einrichtung von Liefer- und Ladezonen prüfen zu lassen.

Auch Herr Nositschka sieht genau in diesem Bereich keine Bedarfe. Er teile die Bedenken der ASEAG und der Polizei.

Ratsfrau Breuer sieht indes gerade bei den jungen Leuten erhöhte Bedarfe, da diese viel online bestellen und liefern lassen würden. Man könne es aus ihrer Sicht nicht jedem Recht machen, auch wenn sie die Probleme der ASEAG durchaus sehe.

Sie schlägt vor, den Beschluss dahingehend zu ändern, die Liefer- und Ladezonen zu streichen und stattdessen abends und nachts Anwohnerparken im Zeitraum 20:30 bis 07:00 Uhr zu erlauben.

Der Antrag wird mit 4 Zustimmungen und 12 Ablehnungen nicht angenommen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt auf Grund der Bedarfe des ÖPNV keine versuchsweise Einführung eines zeitlich befristeten Liefer- und Parkbereichs in der Ludwigsallee. Stattdessen soll geprüft werden, ob im Umfeld der Ludwigsallee Liefer- und Ladezonen eingerichtet werden können.

Abstimmungsergebnis:

12 Zustimmungen bei 4 Enthaltungen

zu 8 Sichere Radverkehrsinfrastruktur: Lütticher Straße zwischen Brüsseler Ring und Hohenstaufenallee, Ratsantrag Nr. 278/18 der Fraktionen von GRÜNE, SPD, DIE Zukunft und DIE LINKE (Planungs- und Ausführungsbeschluss)

MA/24/WP18

Ausdruck vom: 16.01.2023

Seite: 11/20

Vorlage: FB 61/0580/WP18

Herr Lindemann gibt an, dass er die grundsätzliche Notwendigkeit in jedem Fall sehe, aber welche Aufteilung des Straßenraums vorgenommen werde, sei nach seiner Meinung noch diskussionswürdig. Der Ring müsse in jedem Fall attraktiv für den Autoverkehr bleiben, um eine Verdrängung des selbigen auf andere Straßen zu vermeiden.

Daher plädiere er für eine Breitspur mit daraus resultierendem 2 Meter breiten Radweg. Woanders könne man gerne an dem Standard von 2,30 Metern festhalten, hier sei es allerdings fehl am Platz.

Ratsherr Fischer fasst zusammen, dass es sich um einen interfraktionellen Antrag handele, da es sich bei dem betrachteten Straßenabschnitt um den am stärksten vom Autoverkehr frequentierten im gesamten Stadtgebiet handele, der ohne jegliche Sicherung für Radfahrende daher komme, was aus seiner Sicht äußerst gefährlich sei.

Die Verwaltung habe hier eine durchaus tragbare Lösung erarbeitet, an der er festhalten wolle.

Auch Herr Veltrup dankt der Verwaltung für den Vorschlag, der eine erhebliche Verbesserung der Sicherheit beinhalte. Er habe den Straßenasphalt qualitativ in schlechter Erinnerung, so dass er sich frage, ob es sinnvoll sei, auf diesen eher mangelhaften Untergrund eine komplette Rotmarkierung aufzutragen, oder ob man dann nicht auch eine Asphaltsanierung anstrengen müsse.

Dies erstaunt Herrn Müller, da eigentlich erst im Jahr 2016 die Asphaltdecke saniert worden sei. Er werde dies aber kontrollieren lassen. Er pflichtet der Politik bei, dass der Ring funktionieren müsse, gleichwohl sei es unumgänglich hier eine sichere Infrastruktur für Radfahrende zu schaffen, da hier beispielsweise auch ein Schulweg verlaufe. Auf Grund der Auswertungen der Dauerzählstellen habe man gesehen, dass der Autoverkehr seit 2015 um rund 22% gesunken sei, so dass er bei der vorgestellten Variante ein gutes Gefühl habe.

Auch Herr Nositschka dankt der Verwaltung und freut sich über das Vorwärtstkommen in dieser Angelegenheit.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umgestaltung der Lütticher Straße gemäß dem Lageplan (Anlage 2).

Der Antrag gilt hiermit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

11 Zustimmungen, 5 Ablehnungen

**zu 9 Radvorrangroute Brand - Linterstraße;
hier Knoten Linterstraße/Schönforststraße und Kreuzungsbereich Sittarder
Straße/Fichtestraße,
Planungs- und Ausführungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0492/WP18-1**

Herr Lindemann zeigt sich erfreut, dass die Verwaltung eine Lösung gefunden habe, die die Schwierigkeit allen Nutzergruppen gerecht zu werden, gemeistert habe.

Auch Ratsherr Neumann freut sich über die Planungen, die eine deutliche Verbesserung des Radverkehrs bedeuteten. Er frage sich, ob die Lösungen, die hier bei neu auftretenden Situationen zum Beispiel im Bereich der Installation von Zebrastreifen künftig zur Standardlösung werden könnten. Die Verwaltung solle auf der östlichen Seite der geplanten Maßnahme darauf achten, das Rollboard möglichst flach zu halten, um auch Lastenrädern eine barrierefreie Nutzung zu ermöglichen. Einen vernünftigen Kompromiss, der alle Nutzer*innen gerecht wird sieht auch Ratsherr Blum in der vorgelegten Vorlage.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht zu Kenntnis und fasst den Ausführungsbeschluss für den Knoten Linterstraße/Schönforststraße gemäß Variante 1. Darüber hinaus beschließt er die Ausweisung der Fichtestraße als Einbahnstraße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 10 RVR Haaren
hier: Vorhabenablaufkonzept des geförderten Projektes Rad-Vorrang-Route (RVR) Haaren
inkl. Durchführung von Bürger*innenbeteiligungen je Bezirk im Rahmen der Vorplanung
Vorlage: FB 61/0554/WP18**

Ratsherr Hecker begrüßt die vorgestellte Einrichtung und weist die Verwaltung der Vollständigkeit halber auf einige kleinere Darstellungsfehler in der hinterlegten Tabelle zum Beispiel im Hinblick auf die Anordnung der dortigen Parktaschen hin.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung des geförderten Projektes RVR Haaren gemäß dem Vorhabenablaufkonzept inkl. der Durchführung von frühzeitigen Bürger*innenbeteiligungen im Rahmen der Vorplanung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig:

zu 11 Monschauer Straße, Radwegebeleuchtung;

**Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/ Walheim vom
23.11.2020**

Vorlage: FB 61/0553/WP18

Der TOP wird zur vorherigen Beratung in der Bezirksvertretung vertagt.

**zu 12 Bericht über die Maßnahmen der Unfallkommissionen zu Unfallhäufungsstellen für das
Jahr 2022**

Vorlage: FB 61/0585/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 13 Sachstand Marktliner an Wochenmarkttagen;

Ratsantrag Die Linke vom 07.12.2022

Vorlage: FB 61/0584/WP18

Herr Müller referiert zum Thema, woraufhin Herr Nositschka wissen möchte, wann die Verwaltung so weit sei, etwas konkreteres sagen zu können.

Dem schließt sich Ratsherr Blum an, der noch einmal auf die dringend notwendige Marktbelebung hinweist und um dementsprechende Priorisierung des Themas bittet.

Frau Beigeordnete Burgdorff plädiert dafür, dass die Politik offen sei, für eine leichtfüßigere Lösung. Der Marktliner in Gestalt eines Midibusses sei bereits wegen praktischer Probleme und aus Effizienzgründen in verschiedenen Städten wieder abgeschafft worden, wobei sie einer generellen Lösung nicht entgegenstehe.

MA/24/WP18

Ausdruck vom: 16.01.2023

Seite: 14/20

Diese Offenheit signalisieren sowohl Ratsherr Blum, als auch Ratsfrau Breuer. Von Ratsherr Neumann kommt der Einwand, dass man bedenken müsse, dass gleich welche Lösung man präferiere, diese ins Betriebskonzept der ASEAG passen müsse.

Dazu ergänzt Frau Driessen von der ASEAG, dass man differenzieren müsse, zwischen der Wiederangliederung der Jakobsstraße an das Liniennetz der ASEAG und dem Marktliner an sich. Dieser könne je nach Situation auf dem Markt durchaus gefährlich für Fußgänger und Busfahrer werden. Sie sähe als ASEAG durchaus den Bedarf, man brauche aber für eine gute Lösung im engen Schulterschluss mit der Stadt noch ein wenig Zeit.

Als kein großer Fan der bisherigen Konzepte begreift sich Herr van den Hurk. Die Linie über den Markt müsse einen verkehrlichen Wert haben und solle aus seiner Sicht immer vor dem Hintergrund des ÖPNV Gutachtens stehen. Auch er zeigt sich offen, neue Lösungen zu denken.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 14 Bewohnerparken Ost-Viertel (Stolberger Straße);

hier: Einrichtung der Zonen "Ost 1" und "Ost 3" sowie der Zonenerweiterung "V"

Vorlage: FB 61/0569/WP18

Es ergeht der Hinweis der Ausschussvorsitzenden, dass der Betrag von 30€ auf die Begrifflichkeit „wie in der Gebührenordnung“ geändert werden solle, angesichts der jüngst gefassten Beschlüsse zum Bewohnerparkausweis.

Beschluss:

Der **Mobilitätsausschuss** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt für die in seiner Zuständigkeit liegenden Straßen:

1. Die im beigefügten Plan (Anlage 2) dargestellten Bereiche als Bewohnerparkzonen „Ost 1“ und „Ost 3“ mit Bewohnerparkausweis für Bewohner*innen einzurichten, den dargestellten Bereich der Zone „V“ als Zonenerweiterung zuzuführen und die Gebietsgrenzen entsprechend dem beigefügten Plan festzulegen.
2. In den Bewohnerparkbereichen „Ost 1“ und „Ost 3“ sowie der Zonenerweiterung „V“ alle im öffentlichen Straßenraum vorhandenen Parkstände mit Parkscheinnutzungspflicht zu belegen, mit Ausnahme von Parkplätzen, die als Behindertenparkplätze oder zum Liefern und Laden

ausgeschildert sind. Die Bewohner*innen mit Bewohnerparkausweis "Ost 1", „Ost 3“ oder „V“ werden innerhalb der jeweiligen Zone von der vorgegebenen Parkgebühr befreit.

3. Die Straßen innerhalb der Zonen „Ost 1“ und „Ost 3“ werden gemäß der Plandarstellung in den Anlagen 5 und 7 beschildert.
4. Die Gebührenpflicht an Parkscheinautomaten wird auf die Zeit von montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 19.00 Uhr und samstags von 09.00 Uhr bis 14.00 Uhr festgesetzt.
5. In der Zone „Ost 1“ wird ein Tagesticket für 8 € eingerichtet, in der Zone „Ost 3“ für 6€.
6. Die Höhe der Parkgebühren richtet sich nach der Parkgebührenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Auf eine Begrenzung der Höchstparkdauer wird zugunsten von Besucher*innen und Kund*innen verzichtet.
7. Die Sonderparkberechtigung gilt von 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr.
8. Die Einrichtung der Bewohnerparkzonen „Ost 1“ und „Ost 3“ sowie der Zonenerweiterung „V“ soll schnellstmöglich erfolgen.
9. Die Einführung wird durch einen Informationsflyer für Bürger*innen begleitet.
10. Die Verwaltung wird beauftragt, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Überwachung des ruhenden Verkehrs zu schaffen. Dazu erhält der Personal- und Verwaltungsausschuss eine gesonderte Vorlage.
11. Die Gebühr für die Erteilung eines Bewohnerparkausweises wird gemäß den Regelungen der Gebührenordnung festgesetzt.
12. Dem Rat wird empfohlen, die Sonderparkberechtigung für:
 - a) Hauptwohnsitzler*innen, die mit einem auf den Hauptwohnsitz in Aachen zugelassenem Kfz fahren (Kennzeichenmitnahme möglich)
 - b) Hauptwohnsitzler*innen, die ein Firmenfahrzeug nutzen (für Firmenfahrzeuge ist die dauerhafte dienstliche und private Nutzung lohnsteuerwirksam nachzuweisen).
 - c) Hauptwohnsitzler*innen, die an einer Hoch- oder Fachhochschule immatrikuliert sind und denen ein Kfz nicht nur vorübergehend von Familienangehörigen zur Verfügung gestellt wird
 - d) Hauptwohnsitzler*innen, die eine Ausbildung machen, ein ÖV Azubi-Abo nachweisen und denen ein Kfz nicht nur vorübergehend von Familienangehörigen zur Verfügung gestellt wird
 - e) Hauptwohnsitzler*innen, die ein CarSharing-Fahrzeug nutzen und die Mitgliedschaft zu der Organisation nachweisen zu beschließen.

- f) Darüber hinaus erhalten Familienangehörige und nahestehende Personen, die eine nachweislich häuslich pflegebedürftige Person unterstützen, die ihren Hauptwohnsitz in einer Bewohnerparkzone hat eine Ausnahmegenehmigung. Diese bezieht sich auf den Wohnsitz der pflegebedürftigen Person.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 15 Gasborn Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen
Vorlage: FB 60/0070/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage „Gasborn“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragssatzung vom 11.12.2015 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2019 (SBS).

Finanzielle Auswirkungen

PSP 5-120102-900-02900-160-1 Kostenart 68870000 Erschließungsbeiträge

Maßnahmenbezogene Einnahmen

255.648,82 € Beiträge gem. § 8 KAG

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 11.12.2019 reduziert sich dieser Betrag auf 145.468,26 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 16 Mitteilungen der Verwaltung

MA/24/WP18

Ausdruck vom: 16.01.2023

Seite: 17/20

Frau Strehle weist auf den ausgeteilten Flyer zum Bürger*innendialog Försterstraße hin, woraufhin Ratsfrau Breuer die Frage stellt, warum die Veranstaltung lediglich digital angeboten werde. Dies sei mit den bisher ausgewerteten Teilnehmer*innenzahlen der unterschiedlichen Formate zu den jeweiligen Themen zu begründen, so Frau Strehle. Man könne die Inhalte aber ein Jahr lang noch online abrufen. Anschließend präsentiert Frau Strehle zum Thema der öffentlichen Fahrradabstellboxen, woraufhin Ratsherr Fischer sich nach dem Sachstand des geplanten Fahrradparkhauses am Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße erkundigt.

Herr Müller kann aktuell keinen neuen Sachstand vermelden, man sei jedoch im Austausch.

Auf die Nachfrage von Herrn Nalbach, nach einer möglichen Kooperation mit anderen etablierten Anbietern zur Reservierung der Fahrradboxen, verweist Frau Strehle auf die Kooperation mit der APAG und die derzeitige Entscheidung, das Angebot als ad hoc Angebot vorzuhalten.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 20:00 Uhr